

Beschluss des Landrats vom 16.03.2023

Nr. 2070

13. Strategische Initiativen der BLKB 2022/643; Protokoll: ps

Peter Riebli (SVP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Peter Riebli (SVP) dankt dem Regierungsrat und der BLKB für die mehrseitige umfangreiche Beantwortung, die tatsächlich einige neue Fakten enthalte, aber trotzdem nicht restlos befriedige. Viel interessanter ist, was nicht beantwortet beziehungsweise weggelassen wurde. Noch viel spannender ist jedoch, welche Auswirkungen eine harmlose Interpellation mit wenigen Fragen haben kann. Einige Vorbemerkungen: In der letzten Woche wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass solche Fragen die Reputation der Bank schädigen und sie in ein schlechtes Licht rücken würden. Das sieht Peter Riebli völlig anders. Der Landrat hat die Oberaufsicht über die Bank und nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, Fragen zu stellen. Es geht um das Volksvermögen und die Staatsgarantie, für welche jeder Bürger geradestehen müsste. Peter Riebli hält die BLKB für eine grundsollide Bank, die kaum an die Wand gefahren werden könnte. Solange es nicht um Geschäftsheimnisse geht, hat es einer Bank noch nie geschadet, so viel Transparenz wie möglich zu schaffen. Gerade die BLKB mit ihren hohen moralischen Ansprüchen sollte dem gerecht werden. Reputationsschädigend sind nicht Peter Rieblis Fragen, sondern das Verhalten einzelner Exponenten der Bank, die die Fragen als unter ihrer Würde erachteten und sich auch entsprechend äusserten. Lobend darf erwähnt werden, dass der Bankrat sehr schnell gehandelt hat.

Zur Beantwortung der Interpellation: Die Hinweise, weshalb sich die Bank verändern und für die Zukunft wappnen muss, kann Peter Riebli nachvollziehen. Dies hat er auch nie hinterfragt, sondern er wollte wissen, in welchem Mass die eingeleiteten Massnahmen erfolgreich waren. Welche brachten eine gute Rendite, wie gut war diese, welche Massnahmen wurden beendet und wie viel Geld wurde abgeschrieben? Nicht jede Initiative ist erfolgreich, und dazu kann man stehen. Leider ging die Antwort nicht darauf ein, welche Beteiligungen welche Erträge abgeworfen haben. Insbesondere bei den finanziellen und strategischen Beteiligungen sollte dies relativ einfach gesagt werden können. Die summarisch genannten Beträge zum Erfolg können nicht nachvollzogen werden. Weiter fehlen einige interessante Beteiligungen, wie etwa Cargo souterrain, Oris etc. Insofern liefert die Interpellationsantwort nicht die erhoffte Transparenz. Peter Riebli hofft, dass die FIK als Oberaufsichtskommission nochmals nachhaken wird. Soweit er informiert ist, wurde am vergangenen Mittwoch in der FIK ausführlich über radicant informiert, weshalb er dazu nichts sagen möchte. Über die Tiefe der Information gehen die Meinungen jedoch anscheinend auseinander. Ein Fazit: Die Botschaft ist zwar gekommen, doch «allein mir fehlt der Glaube». Peter Riebli hofft, dass er sich irrt und die radicant erfolgreich wird, und lässt deshalb das Baselbieter Motto hochleben «Mir wie luege – aber nicht ewig».

Es ist bedauerlich, dass die Zusammenarbeit mit Swissquote nicht so erfolgreich war, aber diesen unternehmerischen Entscheid muss man akzeptieren. Künstlerpech war vermutlich, dass die Beteiligung nicht im besten Moment abgestossen wurde. Dass die BLKB bei nicht erfolgreichen Initiativen rechtzeitig aussteigt, freut Peter Riebli. Bei der Erstellung des Service-Hubs wurde die Rolle des Sicherungsunternehmens nicht thematisiert, was in Anbetracht der geforderten Transparenz erstaunlich ist. Eine proaktive Kommunikation zu eingestellten Initiativen ist keine Schande und würde das Vertrauen erhöhen.

Eine Frage an Regierungsrat Anton Lauber: Auf der letzten Seite (Seite 13) der Antwort steht,

dass die BLKB dank den Beteiligungen rund eine Viertelmilliarde Franken mehr an den Kanton ausschütten konnte. Heisst das, zusätzlich zur Abgeltung der Staatsgarantie und den jährlichen CHF 60 Mio.? Wäre dem nicht so, wäre das «mehr» falsch. Auf ein «mehr» warten die Zertifikationsinhaber bereits seit zehn Jahren. Dies kann jedoch beim Jahresabschluss der BLKB nochmals thematisiert werden.

Ernst Schürch (SP) dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und gute Beantwortung. Die Antwort zeigt auf, dass die BLKB den Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert beimisst und wie sie sich in einem sich stark verändernden Umfeld positioniert. Ein paar grundsätzliche Worte, weil auch von den Medien einige Themen aufgegriffen wurden: Die BLKB ist und bleibt die Bank des Kantons und somit der Baselbieter Bevölkerung, der Menschen und der kleinen und mittleren Unternehmen. Die Bevölkerung ist stark mit der BLKB verbunden. Die Bank ist für die SP-Fraktion eine Institution mit einem Auftrag im Service public, auch für diejenigen Menschen, die ihre Bankgeschäfte analog an einem Bankschalter erledigen wollen. Die BLKB ist eine starke und gute Institution im Kanton. Zu ihr muss Sorge getragen werden, auch seitens Landrat. Eine grosse und zentrale Bedeutung hat die Zusammensetzung des Bankrats. Da sind bereits Veränderungen erfolgt. Seitens Oberaufsicht wird darauf ein Augenmerk gelegt, damit der Bankrat gut zusammengesetzt ist.

Positive Punkte: Die Kantonbank ist solide aufgestellt und wird jedes Jahr mit einem Triple A bewertet. Es gibt keinen Grund, die Bank schlecht zu reden und ihren Ruf zu schädigen. Die BLKB zahlt dank der Zertifikate und als Abgeltung für die Staatsgarantie jedes Jahr CHF 60 Mio. in die Staatskasse ein. Das ist eine sehr gute Einnahmequelle für den Kanton. Die Bank ist eine gute Arbeitgeberin mit rund 800 Angestellten. Allein deren Steuersubstrat beläuft sich auf rund CHF 30 Mio. pro Jahr. Die Bank bildet zahlreiche Lernende aus. Sie hat ihre Leistungsfähigkeit auch während der Pandemie bewiesen, indem sie sehr schnell Kredite für diejenigen KMU zur Verfügung stellte, die unter Druck geraten waren.

Zur Aufsicht und den Risiken: Das Kantonbankgesetz, die Eigentümerstrategie, die Oberaufsicht durch die FIK und den Landrat und der jährliche Geschäftsbericht bieten genügend Möglichkeiten zur Einflussnahme durch den Landrat und liefern auch Informationen. Rechtliche Abklärungen haben gezeigt, dass die Staatsgarantie nicht für die Tochtergesellschaft radican gilt. Das Risiko für den Kanton beschränkt sich auf dasjenige Geld, das in die Tochtergesellschaft investiert wurde und noch wird. Die radican AG vergibt keine Kredite. Sie verdient ihr Geld mit der digitalen Vermögensverwaltung durch Kommissionseinnahmen. Insofern besteht kein Risiko durch faule Kredite. Die Kantonbank muss neue Geschäftsfelder erschliessen. Mit dem Geschäft der Zinsdifferenzen liess sich in den letzten Jahren nicht mehr viel Ertrag erwirtschaften, zumal die Bank richtigerweise für die meisten Kundinnen und Kunden auf Negativzinse verzichtete. Es müssen Investitionen getätigt werden, was allen Landratsmitgliedern klar sein sollte. In jeder Wirtschaftsbranche müssen sich Betriebe weiterentwickeln, um den Bedürfnissen von Kundinnen und Kunden und einem veränderten Umfeld gerecht zu werden und um erfolgreich arbeiten zu können. Dafür investiert die BLKB Geld in ihre Filialen, ihre Mitarbeitenden und auch in die Tochtergesellschaft radican.

Als Schlussbemerkung zwei Punkte: Es wäre falsch, wenn sich die BLKB nicht verändern würde. Die Bank soll in Ruhe ihre Arbeit tun können. Der Landrat soll seine Pflichten in der Oberaufsicht wahrnehmen und das Gespräch mit der Bankleitung suchen, wenn es etwas zu besprechen gibt. Sicher ist es von Vorteil, wenn die Bankleitung proaktiv und regelmässig in der Finanzkommission und in angemessener Form auch die Öffentlichkeit informiert. Die BLKB wird nicht verkauft. Eine Käuferbank würde Rosinen picken und viele Privatkunden und KMU würden nach einer Übernahme ohne Bank dastehen.

Marco Agostini (Grüne) erwähnt, seine Familie habe unterschiedliche Geschäfte geführt, unter anderem ein Fitness-Center mit 30 Mitarbeitenden, und sei seit Jahrzehnten Kundin der Kantonalbank. Dabei war wichtig, dass die Bank bodenständig und im Kanton verankert ist und nicht Privatbanken kopiert, die viele Risiken eingehen. Dies steht auch im Leitbild und im Verhaltenskodex der Kantonalbank. Dazu einige Beispiele: «Fragwürdige und undurchsichtige Geschäfte, deren wirtschaftlicher Hintergrund nicht ersichtlich ist, lehnen wir konsequent ab. Wir kommunizieren leicht verständlich, authentisch und glaubwürdig. Bei Themen der Reputation macht die Basellandschaftliche Kantonalbank keine Kompromisse. Grauzonen darf es nicht geben. Seit über 550 Jahren übernehmen wir Verantwortung für die Menschen in der Region. Wir sind Ansprechpartnerin für Private, Unternehmen, Gemeinden und den Kanton und leisten mit unserem verantwortungsbewussten Handeln einen Beitrag zur positiven Entwicklung dieser Region. Die Region, in der wir leben, kann sich auf unsere lokale Verankerung und auf unser gesellschaftlichen Engagement verlassen.» Dazu die erste Frage an den Regierungsrat: Weshalb musste die radicant AG in Zürich gegründet werden und weshalb nicht im Baselland? Es ist eine Bank, die übers Handy läuft und so interessiert niemanden, ob diese in Zürich ist oder anderswo. Sie hätte hier gegründet werden müssen, damit die Wertschöpfung auch hier erfolgt und die Arbeitsplätze im Kanton sind. Der Redner führte vor Jahren gemeinsam mit seiner Frau ein Fitness-Center mit 30 Mitarbeitenden, etwa acht Vollzeitstellen und zum Zeitpunkt des Verkaufs rund einer Million Umsatz. Marco Agostini schätzte es, dass die Kantonalbank immer den Kontakt hielt. Es mussten viele Unterlagen geliefert werden, Strategien, Businesspläne, Investitionen etc., und der Aufwand war gross, aber man hatte das Gefühl, dass mit den Kunden gut umgegangen wird.

Marco Agostini hat die folgenden Fragen bereits der FKD zugesandt: Wann wird der Break-Even-Point bei der radicant erreicht und was wird dies die BLKB kosten? Die radicant hat bis heute keine Kunden, weil der Start erst noch folgt. Wie viele Kunden benötigt sie, um zum ersten Mal einen Reingewinn zu erwirtschaften? Bis zu diesem Zeitpunkt wird dies die BLKB noch einiges kosten. Wie viel kostet es den Kanton – sehr wahrscheinlich reduzieren sich die Ausschüttungen der Kantonalbank an den Kanton? Im Betrieb von Marco Agostinis Familie wurde darauf geachtet, dass die Mitarbeitenden ehrlich, loyal und aufrichtig sind. Sie wurden entsprechend ausgewählt. Nicht immer klappte es, aber meistens. Baute ein Mitarbeitender Mist, suchte man das Gespräch, wollte wissen, was los ist, rügte, mahnte und erst als letzter Schritt wurde gekündigt. Wer hat den CEO der radicant AG eingestellt und nach welchen Kriterien wurde er ausgesucht? Die Aussagen in der E-Mail des CEO waren despektierlich und dumm, eines solchen Postens nicht würdig. Er musste wissen, dass das an die Öffentlichkeit gelangen kann, schätzt Marco Agostini, der den CEO nicht entlassen, sondern das Gespräch mit ihm gesucht hätte. Was steckt zusätzlich dahinter, dass es zur Entlassung gekommen ist?

Fredy Dinkel (Grüne) erwähnt, an der letzten Sitzung der FIK seien der BLKB über vier Seiten an Fragen gestellt worden. Diese wurden – leider nur teilweise – zufriedenstellend beantwortet. Die Kommission bleibt am Thema dran. Transparenz ist etwas vom Wichtigsten. Jedes Unternehmen braucht Investitionen und es können nicht alle erfolgreich sein, das ist die Realität. Aber nur Transparenz schafft Vertrauen. Die radicant AG bietet nach eigener Aussage nachhaltige Anlageberatung an. Jeder ist nachhaltig. Trotzdem wurden gute Argumente geliefert, dass die radicant weiter geht – schafft sie dies tatsächlich, wäre der Hebel extrem. Dies kann der Redner als grüner Politiker nur befürworten. Das Ganze wird vertiefter angeschaut. Es ist immer schwierig, denn vieles, was in der FIK diskutiert wird, ist vertraulich.

Hanspeter Weibel (SVP) dankt für das Einreichen der Interpellation, was eine Diskussion ermöglicht. Transparenz ist die Voraussetzung für Vertrauen. Weltweit ist zu erleben, wie Banken sehr schnell ins Wanken geraten, weil die Informationen nicht klar sind und das Vertrauen nicht da ist. Es handelt sich um die Bank des Baselbiets, wurde gesagt. Jedoch befindet sich die radicant in

Zürich und es gibt Ableger der BLKB in Basel-Stadt. Die Bank expandiert. Die Oberaufsicht wurde angesprochen. Diese liegt in erster Linie bei der FIK. In der ganzen Zeit, während Hanspeter Weibel Landratsmitglied war, hat er nie einen Bericht der FIK in ihrer Funktion als Oberaufsichtskommission im Landrat gesehen. Es erscheint wichtig, dass die Kommission die Aufgabe wahrnimmt und auch im Sinne von Vertrauen und Transparenz über das Resultat berichtet, sofern es sich nicht um Geschäftsgeheimnisse handelt. Erfolgt dies nicht, muss die Transparenz mithilfe von Interpellationen hergestellt werden. Es war erschreckend, zu lesen, was der Chef der radicant AG vom Landrat hält. Zum Glück nehmen offenbar alle Landratsmitglieder diese aktive Beleidigung – die Leute hätten überhaupt nicht begriffen, welche genialen Sachen die radicant mache, wurde gesagt – relativ gelassen. Vielleicht hat es der Landrat nicht begriffen, weil es nicht erklärt wurde. In einer solchen pauschalen Beleidigungsrunde führt Hanspeter Weibel ebenfalls keine langen Gespräche mehr. Dies zeigt jedoch die Kultur, welche offenbar in gewissen Bereichen der Bank herrscht. Dies muss rasch und umfassend geklärt werden. Es handelt sich um die Staatsbank und es ist zulässig, sogar notwendig, dass die Aufsicht ausgeübt wird. Der Redner will nicht den Eindruck vermitteln, dass etwas falsch läuft. Peter Riebli hat es deutlich gesagt: Die Bank ist gut unterwegs. Dass man in einen oder andern Bereich noch zulegen und sich verbessern kann, schliesst dies nicht aus. Die Aufsicht muss wahrgenommen werden – insbesondere durch die FIK, aber nicht nur im stillen Kämmerlein, sondern es soll im Landrat darüber berichtet werden, damit man weiss, dass das Ganze angeschaut wurde.

Miriam Locher (SP) erklärt, die BLKB sei wichtig für die KMU und die Bevölkerung – die Bank werde im Baselbiet gebraucht. Gerade die Strategie der BLKB ist für die breite Bevölkerung oft schwer nachzuvollziehen. Die BLKB expandiert in die Stadt und nach Rheinfelden und gleichzeitig werden in den Baselbieter Gemeinden Filialen abgebaut, beispielsweise in Münchenstein. Dies ist ein massiver Abbau auf Kosten der Bevölkerung. Gerade für ältere Leute, die nicht mit E-Banking umgehen können, ist dies eine massive Einbusse an Lebensqualität. Beim Service public, den die Bank leisten muss, kann durchaus mehr erwartet werden. Dem muss Nachdruck verliehen werden.

Peter Riebli (SVP) hält zum Votum von Ernst Schürch fest, in seiner Interpellation sei es nicht darum gegangen, die BLKB als schlechte Bank darzustellen, zum Verkauf anzupreisen oder ihre Rolle bei der Unterstützung der KMU infrage zu stellen. Die FIK, aber auch der Landrat, hat eine Oberaufsichtsfunktion und muss wissen, welche Risiken die BLKB mit ihren Initiativen hat. Legt die BLKB nach mehrmaligem Nachfragen nicht einmal der FIK einen vernünftigen Businessplan mit Meilensteinen und dergleichen vor, dann braucht es einen gewissen Druck, um die Informationen zu erhalten. Das ist kein Recht, sondern eine Pflicht. Daraus abzuleiten, man wolle die BLKB schlechtreden – darum geht es nicht. Es geht um die gesetzliche Pflicht gegenüber den Mitbürgern, sicherzustellen, dass die BLKB keine übermässigen Risiken eingeht, die der Baselbieter Bürger schlussendlich tragen müsste. Peter Riebli sagt nicht, dass die Bank dies getan hat, aber er kann auch nicht sagen, dass sie es nicht getan hat, solange nicht offen und transparent informiert wird, welche Risiken die Bank mit den verschiedenen Initiativen eingegangen ist. Dies erfolgte bis jetzt nicht, weshalb der Landrat es einfordern muss. Er hat dieses Recht und muss es wahrnehmen. Ansonsten ist er verantwortlich, weil er seine Aufsichtspflicht nicht wahrgenommen hat. Das ist der Hintergrund der Interpellation. Wird der Spiegel der Verschwiegenheit ins Feld geführt, kommt dem Redner seine Kampfpilotenerfahrung zugute: Wenn das Sperrfeuer am grössten wird, ist man mitten über dem Ziel.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für die interessante Diskussion. Zur Frage der Transparenz: Man darf Fragen stellen, und die Kantonalbank ist auch bereit, diese zu beantworten. Es stellt sich jedoch die Frage des Adressaten der Antworten: die breite Öffentlichkeit, der

Landrat oder die FIK. Die Informationspraxis des Mitarbeitenden der radicant war der falsche Weg und die Aussage konnte so verstanden werden, dass man nicht bereit ist, zu kommunizieren. Die BLKB war aber immer bereit, zu kommunizieren. Es gibt allerdings ein paar Hemmnisse. Die BLKB ist börsenkotiert und deshalb muss sie aufpassen, was alles öffentlich präsentiert wird.

Es wurde gesagt, dass nicht zu jeder einzelnen Beteiligung der BLKB detailliert Ausführungen gemacht worden seien. Dies hängt damit zusammen, dass es Verträge gibt, die vielfach Stillhalteabkommen enthalten, dass man nicht einfach an die Öffentlichkeit geht und die Verträge präsentieren kann. Dies ist das Umfeld, in dem man sich als Bank bewegt. Damit hängt auch die Reputation zusammen, aber solche Fragen werden nicht die Reputation der Kantonalbank in Frage stellen. Es besteht ein reger Austausch mit der FIK. Seit 2020 wurde in der FIK immer wieder informiert, auch über radicant. Die FIK begleitet das Ganze mit kritischen Fragen. Die FIK schweigt nicht nur; alle Jahre wird dem Landrat ein Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht der BLKB vorgelegt, zusammen mit einem Bericht der FIK. Die letzte Information, die der FIK abgegeben wurde, war vertraulich; es wurden viele Daten zum Business-Case der radicant bekanntgegeben. Diese können nicht öffentlich präsentiert werden. Die FIK wird von den Vertreterinnen und Vertretern der BLKB ernstgenommen und informiert.

Die Kantonalbank steht hervorragend da. Der Nachhaltigkeitsbericht 2022 wurde publiziert. Es wurde mit einem erklecklichen Gewinn von CHF 144,1 Mio. abgeschlossen, die Cost-Income-Ratio liegt bei 49,6 %. Sie war auch schon tiefer; Investitionen kosten und reduzieren diesen Wert. Die Eigenkapitalrentabilität ist sehr gut und liegt bei 6,9 % und die Gesamtkapitalquote liegt bei 18,5 % und damit deutlich über dem erforderlichen FINMA-Minimum. Was tut die Bank mit der Solidität, nutzt sie diese aus, kann sie diese halten? Dazu stellen sich einige Fragen. Die Bank hat vor allem Erträge aus dem Zinsdifferenzgeschäft. Die Zinsmargen sind in den letzten Jahren deutlich geschrumpft, und es ist damit nicht mehr sehr viel Geld zu machen. Also sucht sie neue Geschäftsfelder und muss Volumen bolzen. Sie geht nach Basel oder in den Kanton Aargau, weil es mehr Geschäfte braucht, um mit dem bestehenden Zinsmargenumfeld die notwendigen Erträge generieren zu können. Sie muss ein Mengenwachstum anstreben, auch um die Ausschüttungen an den Kanton rechtfertigen zu können. Dann stellt sich die Frage, ob dies reicht – immer mehr Hypotheken (die Anzahl ist stark gestiegen), eine immer grössere Bilanz? Daneben gäbe es auch andere Geschäftsfelder. Diese wurden geprüft. Eines davon ist die Vermögensverwaltung, die nun durch radicant erfolgt. Es geht darum, Kommissionserträge und nicht Zinsdifferenzerträge zu generieren. Zur radicant: Die BLKB ist die Mutter- und die radicant ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft. Es besteht eine klare Trennung. Die BLKB bleibt, wie sie es in den letzten Jahrzehnten war und es in der Verfassung und der Gesetzgebung steht, im Kanton Basel-Landschaft zuständig und aktiv. Die Trennung wurde bewusst so gewählt, damit die radicant unabhängig von der BLKB entwickelt werden kann. Die Arbeit der BLKB ist durch die radicant nicht tangiert. Es wurden Investitionen in die radicant getätigt. Peter Riebli hat begrüsst, dass die BLKB innovativ tätig ist, ebenso Marco Agostini, denn jede Firma muss sich entwickeln. Das tut die BLKB im Bereich der radicant. Mittlerweile gibt es auch Berichte der Revisionsstelle PWC. Darin wird bestätigt, dass die Werthaltigkeit der bis dato (31.12.2022) investierten CHF 70 Mio. gewährleistet ist. Die Revision erfolgte nach Überprüfung des Businessplans. Es ist eine wichtige Aussage und ein wichtiger Benchmark, der Vertrauen schaffen kann. Spricht man von Vertrauen und Transparenz, heisst es nicht immer, dass man etwas verschweigen will. Das Geschäftsmodell der radicant war nicht irgendeine Idee, sondern wurde zusammen mit der Boston Consulting Group entwickelt, mehrfach geprüft und auch bei der Erteilung der Bankenlizenz Ende 2022 von der FINMA überprüft. Deshalb kann es als realistisch betrachtet werden. Zur Frage der Oberaufsicht, der Aufsicht und der Arbeit der Geschäftsleitung und des Bankrats: Diese Funktionen muss man etwas trennen. Die zentrale Aussage der Firmen, welche die Geschäftstätigkeit begutachtet haben, kann ernstgenommen werden und man kann ihnen Vertrauen schenken. In der Finanzkommission wurde eingehender informiert, als dies

hier in der Öffentlichkeit möglich ist. Zur Frage der Staatsgarantie: Die radicant hat keine Staatsgarantie. Die FIK hat sich des Themas intensiv angenommen und den Auftrag erteilt, ein Rechtsgutachten zu erstellen. Dieses besagt, dass aus Sicht der BLKB keine Garantie für die Tochtergesellschaft besteht. Peter Riebli erwähnte die implizite Staatsgarantie. Bei der radicant geht es um Geschäfte ohne besondere Risiken – solche sind gemäss Kantonalbankgesetz zulässig. Die BLKB, zusammen mit der radicant AG, betreiben solche Geschäfte. Die radicant betreibt Vermögensverwaltung und vergibt keine Kredite. Das ist zentral. Damit sind aus heutiger Sicht die investierten CHF 70 Mio. der Worst-Case bezüglich Maximalausfall. Bis dato wurde jedoch die Werthaltigkeit durch die PWC soweit bestätigt.

Zum Fragekatalog von Marco Agostini: Zuerst muss Regierungsrat Anton Lauber das Passwort eingeben, denn der Computer ist während seiner Rede eingeschlafen, hoffentlich andere nicht *[Heiterkeit]*. Die radicant wurde in Zürich angesiedelt, weil dort das digitale Knowhow am höchsten ist, obwohl dies schmerzte. Im Baselland ist dies noch nicht der Fall. Man ging dorthin, wo die IT-Spezialisten und die Provider vorhanden sind, die den Aufbau und Betrieb einer digitalen Bank sicherstellen können. Man hatte kein so schlechtes Gewissen, weil die radicant AG eine 100%-ige Tochter der BLKB ist (im jetzigen Zeitpunkt; es ist vorgesehen, weitere Beteiligungen zu suchen). Die Dienstleistungen werden aber in der ganzen Schweiz angeboten. Die BLKB erfüllt ihren gesetzlichen Auftrag im Kanton für die Region und die KMU, daran ändert sich nichts. Der Marktanteil der BLKB liegt zwischen 60–70 %, 57 % der Baselbieterinnen und Baselbieter haben ein Konto und 55 % der KMU einen Kredit bei der Kantonalbank.

Zur Frage des Break-Even: Dies wurde in der FIK erklärt und der Bankratspräsident und der Verwaltungsratspräsident der radicant waren anwesend und kommentierten dies. Dies möchte Regierungsrat Anton Lauber nicht in der Öffentlichkeit im Detail kommunizieren. Soviel darf jedoch gesagt werden: Mit dem Break-Even wird bis Ende 2026 gerechnet. Es geht um Vertraulichkeit; dies soll kein Misstrauen schaffen, hängt jedoch damit zusammen, dass die Konkurrenz einen beobachtet.

Zu den Kunden: Der Businessplan basiert darauf, wie viele Kundinnen und Kunden es braucht. Auch dazu sollen hier keine Zahlen genannt werden. Wird gesagt, dass die BLKB mit der radicant kannibalisiert werde, so stimmt dies nicht. Die radicant ist eine voll digitale Vermögensverwaltungsbank. Sie spricht affluente Kunden an, die zwischen CHF 100'000.– und 1 Mio. Vermögen anlegen. Es handelt sich um ein etwas anderes Kundensegment als dasjenige der Kantonalbank. Es geht um Kundinnen und Kunden aus der ganzen Schweiz. Die Digitalisierung führt dazu, dass die radicant gesamtschweizerisch tätig ist – dies ist übrigens nichts Neues, denn überall, wo man digital agiert, erfolgt dies nicht nur im Baselbiet. Es gibt in keiner Form eine Kannibalisierung, zumal es noch keine weiteren Beteiligungen an der radicant gibt und diese zu 100 % der Kantonalbank gehört. Dies bedeutet, dass die Kunden im Konzern bleiben.

Zur Frage der Ausschüttungen: Nur das Ergebnis des Stammhauses und nicht etwa die konsolidierte Rechnung ist für die Ausschüttungen der BLKB massgebend.

Zum CEO von radicant: Das Evaluationsverfahren erfolgte durch die BLKB, weil es die radicant noch nicht gab. Es gab ein mehrstufiges Rekrutierungsverfahren mit einem klaren Anforderungsprofil. Herr Bally hat sehr gute Arbeit geleistet; diese Leistung wird geschätzt. Mit radicant konnte eine tolle digitale Bank auf die Beine gestellt werden, wie die FINMA mit der Erteilung der Banklizenz bestätigt hat. Man darf aber nicht ausruhen, sondern muss weiterarbeiten. Herr Bally wurde freigestellt und nicht entlassen. Wie es weitergeht, ist Sache des Verwaltungsrats der radicant AG. Dazu möchte sich Regierungsrat Anton Lauber nicht weiter äussern. Fakt ist, dass der Grund für die Freistellung die Kommunikation an die Öffentlichkeit war – und damit die Kommunikation an den Eigentümer, den Kanton Basel-Landschaft, und an den Landrat. Arbeitet man in einer Tochtergesellschaft einer Kantonalbank, haben solche Aussagen ein anderes Gewicht. Dies ist eine unangenehme Angelegenheit. Aber aus Sicht der Bank ist dies nicht akzeptabel, denn das Ver-

trauen darin, dass informiert wird und die Bank transparent ist, muss hochgehalten werden. Mit solchen Aussagen bewirkt man das Gegenteil, und dies darf nicht geschehen. Weitere Massnahmen gehören in die Zuständigkeit des Verwaltungsrats der radicant.

Zur Nachhaltigkeit (Frage von Fredy Dinkel): Es gibt ein gewisses Dilemma bezüglich dieser Thematik. Die FINMA und der Bundesgesetzgeber verlangen Nachhaltigkeitskriterien, die erfüllt sein müssen. Damit wird der Druck auf die Kantonbank immer grösser, sich dieser anzunehmen. Das Ganze wurde zudem mehrfach vom Landrat verlangt. Weiter ist davon auszugehen, dass die Kundschaft dies erwartet. Es geht aber auch hier darum, Investitionen anzubieten, die rentieren. Gleichzeitig ist darauf zu achten, welche Auswirkungen sie haben, auf Kunden, Zulieferer etc.

Zur von Hanspeter Weibel angesprochenen Kultur einer rein digitalen und einer klassischen Kantonbank: Gewisse Mitarbeitende sind stärker im digitalen Bereich spezialisiert als im Banking. Gerade deshalb ist es gut, Mutter- und Tochtergesellschaft zu haben, um die Differenzen akzeptieren zu können, aber auch, dass bekannt ist, dass die Mutter eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist, mit dem Kanton respektive der Bevölkerung des Baselbiets als Eigentümerin.

://: Die Interpellation ist erledigt.
